

Berliner Tageblatt... Man abonniert bei allen Buchhandlungen...



Abonnements-Preis... für das Berliner Tageblatt u. Sonntags-Beilage...

Berliner Tageblatt

Nummer 139.

Berlin, Sonnabend, den 17. März 1906.

XXXV. Jahrgang.

Hierzu die Wochen-Beilage „Haus, Hof, Garten“ Nr. 11.

Der Heereshaushalt in der Budgetkommission.

Das Gehalt des Kriegsministers nebst der neu geforderten Zulage von 14.000 Mark ist glatt, ohne mit den Wählern zu suchen, bewilligt worden. Da die Kommission dem Herrn schon viel hat, noch mehr gab, wird sie jedenfalls bei der Beratung der Pensionsgesetze auch diejenigen bedenken, die wenig haben und viel leiden: die verabschiedeten Offiziere, die nach dem Kriegesverdiensturtheil nur ausgehen sollen. Noblesse oblige!

Während sie so ihre gute und staatsvereheliche Gefinnung betonen hatte, raffte sich die Kommission zu einer Klammertat auf: sie benutzte die vielen unruhigen Kommandanturen und Plagmajorsstellen. Da sie selbstverständlich bei der Militärverwaltung mit diesen Klagen keine Gegenliebe fand, wogte sie sogar das lange nicht Erhörte: sie bezeichnete eine — eine ganze — Plagmajorsstelle als künftig fortzufallen! Allerdings suchte sie sich zu dieser nutzigen Tat einen möglichst unangenehmen Punkt an, die bald verfallende Festung Königsberg (Garnison von 200 Mann) an der Elbe; aber immerhin, wenn ich das nur gut bekomme!

Wie war das doch vor vor mehreren Jahren, als der Reichstag sich beliebt machte, die überflüssigen Kommandanturen in Ostpreußen als künftig fortzufallen zu bezeichnen? Sie wurde bei dem Abgange des angesehentlichen Stelleninhabers vom Militärhaushalt nicht weniger wie sonst bezeugt und unter Hinweisung auf die Kosten, welche die Besetzung dieses Postens mit einem Major als Adjutanten, zur unentbehrlichen Notwendigkeit machen? Jetzt ich mich nicht, so bleiben auch ohne diese beiden Kräfte noch immer ein Generalleutnant, der eben erwählte Major, ein weiterer Adjutant und der Plagmajor für die Bewachung der Garnisonseigenthümer.

Manum ist für Preußen der Posten eines Kommandanten ausgemerzt, während die Verhältnisse dort doch nicht anders liegen als in Kassel und Hannover, wo das Fehlen von Kommandanturen noch keine weitergehenden Nachteile zutage gefördert hat? In Kassel liegen 7 höhere Stäbe, 5 Bataillone, 5 Eskadrons, 6 Batterien, 1 Trainbataillon, 1 Kriegsschule; in Wehran ist etwa die gleiche Garnison; 6 höhere Stäbe, 6 Bataillone, 5 Eskadrons, 6 Batterien, 1 Trainbataillon und 8 Batterien liegen. Auch hier könnte man mindestens das Gehalt eines Generalleutnants erzipren, wenn man schon bei Plagmajor bewilligen will. Und wenn wir es nachdrücklich beurteilen, daß in dem lieblich gelegenen Ort ein Kommandant sich auf seine alten Tage an den Naturgeschichten des Landes ergötzt und dort ein oltum cum dignitate genießt, so könnte doch wenigstens der Plagmajor als ein embarass de richesse in Fortfall kommen.

Die offene Stadt Ologau noch als Festung bezeichnen zu wollen, ist nicht ein etwas weitgehender Fortschrittschritt, Kommandant, Plagmajor, Ingenieursoffizier vom Platz könnten hier gefordert werden.

Man wird, wenn man keine Verwendung treffen will, doch ohne weiteres zugeben müssen, daß dasjenige, was unter gleichen Verhältnissen in dem größten Teil der Standorte zulässig ist, auch in dem Rest seine Schwereigenschaften herbeiführen könnte. So gibt es sehr vielen großen Garnisonen (außer den schon genannten zum Beispiel noch in Düsseldorf, Bismarck, Brandenburg, St. Amand, Saarburg) die ältesten Kruppenbefehlshaber oder deren Beauftragte die Geschäfte

des Garnisonältesten wahrnehmen können, wäre das auch in den übrigen möglich, wo gegenwärtig eigene Kommandanturen aus keinem anderen Grunde als dem der alten Lieberlieferung noch bestehen. Die Kommandanten von Karlsruhe und Darmstadt zum Beispiel bekämen ebenso wie der Gouverneur von Berlin in wesentlichen Hoffstellungen; man könnte sie als künftig wegfallen erklären.

Daß in Mainz über der Kommandantur noch ein Gouverneur besteht, entspricht schwerlich der augenblicklichen Bedeutung der Festung. Ja, es kann die Frage sein, ob der höhere Generalstabsoffizier dort erforderlich ist. So hat sich schon bei einem nächsten Lieberbild herausgestellt, daß man ohne jeden Nachteil folgende überflüssigen Posten eingehen lassen könnte: 2 Gouverneure, 5 Kommandanten, 12-13 Stellen, für die im Heereshaushalt 150.000 Mark ausgeworfen sein werden.

Bei einer genaueren Durchsicht würde man wohl allein in diesem Abschnitt des Etats auch die Möglichkeit noch weiterer wohlgegründeter Kürzungen finden — aber andere Kapitel wird sich gelegentlich rächen lassen. Unser Heereshaushalt ist nicht überall mit der gebotenen Sparanficht aufgestellt; es finden sich leider im Reichstage so sehr wenig Abgeordnete, die sachkundig sind, und diese wenigen haben sich zu rächen. Ich es doch nach der Theorie des Militärfachwissens herauszuweisen, daß man mit einem Abgeordneten, der zugleich Offizier a. D. der Reserveoffizier ist, wegen seiner Neben- und Verpflichtungen im Parlament eherechtlich zu Leibe geht — immer unter dem Vorwande, daß die Staubeheute dadurch verlegt sei und die Bestimmungen der Verfassung mit dieser Nichts zu tun haben.

Wenn man so an den Stellen part, wo es möglich und geboten ist, hätte man auch die Mittel für nötige Ersatzstellen an anderen Stellen. Während zum Beispiel Mainz und Ulm neben den Kommandanten noch Gouverneure besitzen, befindet sich in der großen Garnison und starken Festung Königsberg nur ein Kommandant mit dem Einkommen eines Brigadeführers, in dem viel kleineren Lohr aber wieder ein Gouverneur. In Königsberg sind 8 höhere Stäbe und Befehlsstellen untergebracht, 7 Bataillone Infanterie, 5 Eskadrons, 12 Batterien, 2 Subalternbataillone, 2 Pioneerbataillone, 1 Kavalleriebataillon, 1 Artillerieabteilung; es ist eine der größten Garnisonen des deutschen Reiches, als Festung von außerordentlich strategischer Wichtigkeit und sehr ausgedehnt; der Rayon des Kommandanten erstreckt sich weit in das Saamland hinein und sollte eigentlich die Festung Ulm zu umfassen. In die Spitze dieser Festung gehört natürlich ein hoher leitender General von militärischen Talenten, dem für den kleinsten des Garnisonbefehlshabers ein Kommandant mit dem Range eines Regimentskommandeurs beigeordnet sein sollte. Aber auch Polen besitzt eine Wichtigkeit, die hier die Einweisung eines Gouverneurs, dem ein Oberleutnant als Kommandant beigegeben werden könnte, wohl rechtfertigen würde. Man muß nur mit dem hochgelehrlichen Gemüthe endlich brechen, daß die Befehlsstellen des Gouverneurs und Kommandant Ersatzstellen für Offiziere sind, die zwar nicht weiter befördert werden sollen, denen man aber sonst wohl will. Wir haben mit diesem System schon einmal, vor 100 Jahren, traurige Erfahrungen gemacht. Die unglücklichen Kommandanten, die nachher mit der allgemeinen Verachtung beladen wurden, waren eigentlich die am wenigsten Schuldigen von allen. Sie hatten ihre Posten als Verpflegung auf ihre alten Tage erhalten wie der Gouverneur eines Invalidenhanjes.

Der Reichstag befaßigte sich auch gestern noch mit den verschiedenen Nachtragsetats für die Schutzgebiete, die zuletzt nach den Vorschlägen der Budgetkommission angenommen wurden. Ebenso wurde eine Resolution angenommen, die für die mit den deutschen Kolonien bestehenden deutschen Postanstalten praktisch vorgesehene Schiffahrt forderte. Die Debatte, die diesen Beschäftigten voranging, brachte nicht viel mehr als eine Aufzählung der schon vorgetragenen Momente zur Beurteilung unserer Kolonialpolitik. Eine Ausnahme machte nur die einleitende Rede des Abgeordneten Schröder (freisinnige Vereinigung), die eine vollständige Abwägung der Vortheile und Bedenken unserer kolonialen Tätigkeit gab. Der freisinnige Redner betonte zunächst, daß das Kolonialamt schon deshalb zu einer selbständigen Behörde ausgestattet werden müsse, damit es in unzulässiger Umlage verantwortlich sei. Er vertritt sich weiter von unserer Kolonien große Vortheile nicht bloß für einige wenige, sondern für die gesamte Nation, wenn er auch zugab, daß große Fehler gemacht seien; aber man solle die Vergangenheit vergangen sein lassen und auf eine bessere Zeit hoffen. Der stellvertretende Kolonialdirektor, Geh. Rath Schröder, hat 200 aus der Debatte das etwas optimistische sagt, daß die Zukunft sich aus Gebieten unserer Kolonien im Westen sei. Auch hoffe er, wenn er die Kolonialpolitik noch einige Jahre führen dürfe, die Nation in dieser Frage einig zu sehen. Diese Erwartung wurde indessen sofort durch die Abgeordneten Rupp

(freisinnige Volkspartei) und Ledebur (Sozialdemokrat) zerstückt, die kein Segel daraus machten, daß sie unsere ganze Kolonialpolitik für gründlich verurtheilt erachteten. Abgeordneter Krenn (Reichspartei) der eine Lobrede auf den nationalen Chauvinismus hielt, konnte dagegen nicht recht auskommen. Zum Schluß befaßte sich Abgeordneter Bachem (Zentrum) über die Gintehaltigkeit der Kolonialverwaltung, die wieder einmal der Budgetkommission seinen klaren Mein eingeschickt habe. Die Vertreter der Kolonialverwaltung bemühen sich umsonst, die Bedenken des Zentrums zu zerstreuen. Heute kommt der Kolonialetat an die Reihe.

Nachlese zur preussischen Etatsberatung.

Bei der gestern im Abgeordnetenhause fortgesetzten dritten Sitzung des Staatshaushaltetats wurde zunächst die landwirtschaftliche Verwaltung noch immer gründlich durchgebeht. Die übertrieben hohen Fleischpreise und die starke Agrarpolitik des Ministers v. Roddeßki bildeten den Angelpunkt der Debatte. Es war, wie nicht anders zu erwarten, völlig ergebnislos. Herr v. Roddeßki hielt einfach das Vorhandensein der hohen Preise in Abrede, namentlich für Windfisch. Mit dem Schwerefisch sei es freilich anders. Allein hier müße erst die volle Wirkung der neuen Handelsverträge und der in ihnen vorgezeichneten höheren Einfuhrziffer abgewartet werden. Mit einem Worte: Roddeßki hat und unzulänglich allen Beschwerden gegenüber. In der Entschädigungsfrage für die durch die jüngst eingetragene Hochwasserernte betroffenen Gebiete sprach Herr v. Roddeßki recht entgegenkommend. Wenn klaren Kunde ist es ganz noch anders, wie bei der lächerlichen Bevölkerung. Der Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung wurde schließlich bewilligt, ebenso der für die Bergbau-, Gattinen- und Gattinenverwaltung, nachdem zuvor die heldenmüthige Haltung unserer westfälischen Bergleute bei ihrer Stillsetzung in Courrières dankend und anerkennend erwähnt und das Reich namens der Reichsregierung gegenüber der freundschaftlichen französischen Nation ausgesprochen war.

Eine lebhaftere Debatte entpann sich bei der Beratung über den Etat der Staatsbahnenverwaltung. Herr v. Roddeßki wies unter Hinweis auf einen Aufsatz von Professor Koh auf die Notwendigkeit der Aufbesserung der Arbeitslöhne hin, die in Preußen am niedrigsten seien. Natürlich wurde diese Angabe v. Roddeßki von dem Regierungskommissar bestritten. Aber seine Behauptungen ließen unermessen. Auch die von dem Abgeordneten Goldschmidt wieder aufgeworfene Frage betreffend Unfallverletzungen an Arbeiter fand am Regierungsoffizier kein Gehör. Hierfür werden allerdings Witten betreffend den Unfall einer allgemeinen Verordnung für Groß-Preußen, ferner betreffend die Unfallversicherung der Arbeiter in Preußen, die in Preußen am niedrigsten seien. Natürlich wurde diese Angabe v. Roddeßki von dem Regierungskommissar bestritten. Aber seine Behauptungen ließen unermessen. Auch die von dem Abgeordneten Goldschmidt wieder aufgeworfene Frage betreffend Unfallverletzungen an Arbeiter fand am Regierungsoffizier kein Gehör. Hierfür werden allerdings Witten betreffend den Unfall einer allgemeinen Verordnung für Groß-Preußen, ferner betreffend die Unfallversicherung der Arbeiter in Preußen, die in Preußen am niedrigsten seien. Natürlich wurde diese Angabe v. Roddeßki von dem Regierungskommissar bestritten. Aber seine Behauptungen ließen unermessen.

Es folgte die Debatte über den Etat der Justizverwaltung. Auf eine ein Jahr gerichtete Frage betreffend die weiteren Erwerbungen von Notaren, die nicht Rechtsanwölfe seien, antwortete der Herr Justizminister, er wolle das in Rede stehende System verneinend anwenden. Herr Abgeordneter v. Garkinski befuhrte sich über die Nichtzulassung eines politischen Referendars zum Staatsdienst. Der Minister beantwortete diese Beschwerde mit dem Hinweis auf die nationalpolitischen Agitationen des betreffenden Herrn, der sich für den preussischen Staatsdienst nicht eigne. Gerichtlich über die ministerielle Erklärung, daß ein Entwurf über die bedingte Beurlaubung im Ministerium fertiggestellt sei. Gegen Ende der Sitzung führte der Pole v. Dymkowski unter Hinweis auf die Reichstagsverhandlungen eine scharfe Auseinandersetzung mit dem Justizminister herbei. Der Pole beschuldigte die Gerichtsbehörden, daß sie nach ihrer politischen Anschauung Recht sprächen. Der Minister wies diese Behauptung in ihrer Allgemeinheit zurück. Dieser können hier und da wohl vorkommen. Die politische Redensartung liehe indessen so hoch wie stets gemein, und das werde auch so bleiben. Gleichwohl wird selbst Herr Dr. Meier nicht in Abrede stellen können, daß manche Urteilsfällungen doch getanet waren, in der weitesten Öffentlichkeit Aufsehen zu erregen. Nach Erledigung des Justizetats wurde die Fortsetzung der Etatsberatung auf Sonnabend verschoben.

Der Landrat v. Ullrich geht wirklich und wahrhaftig mit der Wänscheltrinte nach Schwerefische. Jemandem verkappter Offiziosus hatte diese Wänsche des Herrn v. Ullrich zu verulichen gesucht, indem er behauptete, der Herr Landrat solle ein neues indubitanisches Wahnpflicht anerkennen. Dazu schreibt die gleichfalls offiziöse „Pol. Korresp.“ ganz entsetzt.

Landrat v. Ullrich ist von jähzorniger Seite bedingt in den Schatzbrief gefascht worden, um zur Erlangung der Nachfolge des Landrats und dort Verzicht mit dem System der Wänscheltrinte vorzunehmen.

Oberst Gädke.

Der Reichstag befaßigte sich auch gestern noch mit den verschiedenen Nachtragsetats für die Schutzgebiete, die zuletzt nach den Vorschlägen der Budgetkommission angenommen wurden. Ebenso wurde eine Resolution angenommen, die für die mit den deutschen Kolonien bestehenden deutschen Postanstalten praktisch vorgesehene Schiffahrt forderte. Die Debatte, die diesen Beschäftigten voranging, brachte nicht viel mehr als eine Aufzählung der schon vorgetragenen Momente zur Beurteilung unserer Kolonialpolitik. Eine Ausnahme machte nur die einleitende Rede des Abgeordneten Schröder (freisinnige Vereinigung), die eine vollständige Abwägung der Vortheile und Bedenken unserer kolonialen Tätigkeit gab. Der freisinnige Redner betonte zunächst, daß das Kolonialamt schon deshalb zu einer selbständigen Behörde ausgestattet werden müsse, damit es in unzulässiger Umlage verantwortlich sei. Er vertritt sich weiter von unserer Kolonien große Vortheile nicht bloß für einige wenige, sondern für die gesamte Nation, wenn er auch zugab, daß große Fehler gemacht seien; aber man solle die Vergangenheit vergangen sein lassen und auf eine bessere Zeit hoffen. Der stellvertretende Kolonialdirektor, Geh. Rath Schröder, hat 200 aus der Debatte das etwas optimistische sagt, daß die Zukunft sich aus Gebieten unserer Kolonien im Westen sei. Auch hoffe er, wenn er die Kolonialpolitik noch einige Jahre führen dürfe, die Nation in dieser Frage einig zu sehen. Diese Erwartung wurde indessen sofort durch die Abgeordneten Rupp